



Bezirksvertretung Ottakring
Richard-Wagner-Platz 19
1160 Wien

Wien, den 16.09.2025

1. Resolution

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Ottakring stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 25.09.2025 gemäß § 24 Abs. 1 GO-BV folgende 1. Resolution:

Menschenrechtsbezirk Ottakring

Die Bezirksvertretung Ottakring bekennt sich dazu, die Menschenrechte zu wahren, zu achten und zu verteidigen und im Rahmen eines menschenrechtzentrierten Ansatzes in allen Politikfeldern die Menschenrechte zur Richtschnur des Handelns zu erheben.

Begründung

Im Juni 2024 hat sich Ottakring offiziell zum Menschenrechtsbezirk erklärt und sich damit im Rahmen des Prozesses Menschenrechtsstadt Wien auch der engen Zusammenarbeit mit dem Wiener Menschenrechtsbüro verschrieben, das im Jahr 2025 das zehnjährige Bestehen feiert.

Menschenrechtsarbeit wird dabei als eine Querschnittsarbeit verstanden, die in vielen Politikfeldern in Bezirk und Stadt spürbar wird: In der Bildungspolitik, der Kulturpolitik, der Sozial- und Wohnpolitik, der Umwelt- und Klimapolitik, aber etwa auch in der Gestaltung der öffentlichen Räume, bei der wir auf Barrierefreiheit und Sicherheit achten. Das Prinzip der Nicht-Diskriminierung ist ein bedeutender Grundsatz unserer politischen Arbeit für alle Menschen, die in Wien und Ottakring leben.

Partizipation und Mitbestimmung auch in der Gestaltung des persönlichen Lebensumfeldes wollen wir im Rahmen der Zuständigkeiten des Bezirks ermöglichen, damit alle Stimmen Gehör finden.

Menschenrechte gelten universell und sind unteilbar, weswegen wir uns etwa als Fairtrade-Bezirk für fairen Handel, sichere Arbeitsbedingungen und gerechte Lieferketten auch im globalen Süden einsetzen. Anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte am 10.12. verteidigen wir dieses wichtige Prinzip, das Rechte für alle garantieren soll und heute auf der ganzen Welt leider vielfach unter Druck gerät.

Stefan Jagsch

Klubvorsitz. SPÖ Ottakring

Mathias Ertl

Klubvors. Grüne Ottakring

Paul Hirczy

Klubvors. NEOS Ottakring



Bezirksvertretung Ottakring
Richard-Wagner-Platz 19
1160 Wien

Wien, den 16.09.2025

2. Resolution

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Ottakring stellt gemäß § 24 Abs. 1 GO-BV in der Sitzung der Bezirksvertretung des 16. Bezirk am 25.09.2025 folgende 2. Resolution:

Verurteilung von menschenverachtenden Schmierereien in Ottakring

Die Bezirksvertretung Ottakring verurteilt sämtliche antisemitische, rassistische, sexistische, homo- oder transphobe oder sonst menschenverachtende Schmierereien, Parolen und Symbole, die in Ottakring in den vergangenen Jahren vermehrt auf Hauswänden und anderen Flächen aufgemalt oder aufgesprüht werden.

Begründung

In den vergangenen Jahren kam es in Ottakring zu einer Zunahme von Graffitis und Schmierereien im öffentlichen Raum. Hakenkreuze und andere demokratiefeindliche Schriftzüge und Symbole sind zwar kein neues Phänomen, werden in der Regel aber zeitnah entfernt bzw. übermalt.

Insbesondere seit Ausbrechen des Gaza-Kriegs haben Gewaltaufrufe und menschenverachtende Schriftzüge auf Hauswänden nochmals stark zugenommen: Während der Satz „Death to Israel“ und andere antisemitische Sprüche bereits seit längerem vermehrt vorzufinden sind, kam es vor wenigen Wochen auch zu einem Angriff auf ein Vereinslokal der im Bezirksparlament vertretenen KPÖ. Mittels Graffitis wurden KPÖ-Mitglieder dabei als Antisemiten bezeichnet und ihnen ein Aufenthalt im ehemaligen Straflager ‚Goli Otok‘ „gewünscht“.

Während menschenverachtende Schmierereien einen besonderen, unvergleichbaren Unwert in sich tragen, stellen auch andere Beschmierungen, auf die dieses Kriterium nicht zutrifft, ein zunehmendes Problem dar. Für private Wohnhäuser und Schulgebäude ist das Entfernen von Schmierereien mit großem Aufwand und hohen Kosten verbunden. Angesichts der Möglichkeit, öffentliche Graffitiwände wie jene am Yppenplatz zu nutzen, kann für das illegale Beschmieren von Hauswänden erden.

Stefan Jagsch

Klubvorsitz. SPÖ Ottakring

Mathias Ertl

Klubvors. Grüne Ottakring

Paul Hirczy

Klubvors. NEOS Ottakring



An die
Bezirksvertretung Ottakring
Richard-Wagner-Platz 19
1160 Wien

Resolution 1
Die Grünen Ottakring
Wien, den 18.09.2025

Resolution

Die unterzeichneten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Ottakring stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung des 16. Bezirk am 25.September 2025 folgende Resolution:

16 Tage gegen Gewalt an Frauen

Die Bezirksvertretung Ottakring spricht sich dafür aus, dass jegliche Form von Gewalt an Frauen, Mädchen und weiblich gelesenen Personen aufs Schärfste zu verurteilen ist und bekennt sich dazu, im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf Bezirksebene einen aktiven Beitrag zur Prävention, Bewusstseinsbildung und Unterstützung betroffener Frauen zu leisten.

Resolution:

1. Die Bezirksvertretung spricht sich deutlich gegen jede Form von physischer, psychischer, sexualisierter, wirtschaftlicher und digitaler Gewalt an Frauen und Mädchen aus.
2. Die Bezirksvertretung erkennt die Bedeutung von Einrichtungen, Organisationen und Initiativen im Bezirk an, die sich der Beratung, dem Schutz und der Stärkung von Frauen widmen, die von Gewalt betroffen sind. Dazu zählen insbesondere Beratungsstellen, Interventionsstellen, Frauennotrufe sowie Projekte zur Prävention.
3. Die Bezirksvertretung befürwortet Maßnahmen, die zur Sensibilisierung für das Thema Gewalt an Frauen beitragen und die öffentliche Wahrnehmung der internationalen Kampagne ‚Orange the World‘ rund um den 25. November, dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, stärken.
4. Die Bezirksvertretung befürwortet Maßnahmen zur Gewaltprävention und Stärkung von Gleichstellung in Bildungseinrichtungen im Bezirk, etwa durch die Unterstützung von Workshops, Projekttagen oder Kooperationen mit Fachorganisationen.
5. Die Bezirksvertretung spricht sich für eine Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum aus - etwa durch gute Beleuchtung, sichere Wege, Awareness-Schulungen für Sicherheitspersonal und die Bewerbung niederschwelliger Angebote wie der App „WayGuard“.
6. Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, den Ausbau und die finanzielle Absicherung von Frauenberatungsstellen, Schutzeinrichtungen und Präventionsprogrammen zu unterstützen und begrüßt entsprechende Initiativen der Stadt Wien sowie der zuständigen Stellen des Bundes.

Begründung

Gewalt an Frauen und weiblich gelesenen Personen ist eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung, die in Österreich nach wie vor weit verbreitet ist. Femizide, häusliche Gewalt, Stalking und digitale Übergriffe sind keine Einzelfälle. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention verlangt entschlossenes Handeln auf allen Ebenen und somit auch im Bezirk.

Als politische Vertreter:innen auf lokaler Ebene sehen sich die unterzeichnenden Fraktionen in der Verantwortung, ein deutliches Zeichen zu setzen.

Prävention, Sichtbarkeit und Solidarität mit Betroffenen sind zentrale Voraussetzungen, um geschlechtsspezifische Gewalt langfristig zu bekämpfen.

Wien, am 25.09.2025

Zerife Yatkin- Puntigam
Bezirksrät:innen Grüne Ottakring

Sabine Ivankovits,
Bezirksrät:innen Grüne Ottakring

Jasmina Opawa
Bezirksrät:innen Grüne Ottakring


Mathias Ertl
Klubvorsitzender Grüne Ottakring



Schluss mit dem Gebühren-Wucher

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte des Klubs der Freiheitlichen Bezirksräte stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25.09.2025 gemäß § 24 GO BV folgende

1. Resolution

Die Bezirksvertretung des 16. Bezirks spricht sich gegen den Gebühren-Wucher der Stadtregierung aus.

Begründung

Die Bewohnerinnen und Bewohner Ottakrings sind seit Jahren erheblichen Preissteigerungen ausgesetzt. Zusätzliche Gebührenerhöhungen treffen Haushalte, Familien, Pensionistinnen und Pensionisten sowie kleine Betriebe besonders hart. Laut aktueller Ankündigungen der Stadt sollen ab 1. Jänner 2026 u. a. die **Öffi-Ticketpreise** steigen – die Jahreskarte von **365 € auf 467 €** (digital 461 €) –, zudem werden **Parkscheine und das Parkpickerl um 30 % teurer** (30-Minuten-Schein künftig **1,70 €** statt **1,30 €**, Parkpickerl **13 € pro Monat**, +3 €). Zusätzlich ist eine **jährliche Preisvalorisierung** vorgesehen. Bereits mit **1. Dezember 2025** wird die **Ortstaxe** von **3,2 % auf 8,5 %** angehoben. Diese Maßnahmen erhöhen die laufenden Kosten für die Bevölkerung deutlich und widersprechen dem Gebot einer sozial verträglichen Gebührenpolitik.

Die Stadt Wien hat dabei ein **Ausgaben- und kein Einnahmenproblem**. Statt die Bevölkerung über höhere Gebühren weiter zu belasten, wäre die Stadt besser beraten, Ausgaben zu reduzieren, Effizienzpotenziale zu heben und Ausgaben zu priorisieren. Gebührenpolitik darf nicht dazu dienen, Defizite einer unzureichenden Budgetführung auf die Menschen abzuwälzen.

KO BR Britta Stumpf, BA

KO-Stv. BR Mag. Gerald Ebinger

BR Andreas Brloh



Auflösung der Waffenverbotszone am Yppenplatz

Die unterzeichnenden Bezirksrättinnen und Bezirksräte des Klubs der Freiheitlichen Bezirksräte stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25.09.2025 gemäß § 24 GO BV folgende

2. Resolution

Die Bezirksvertretung des 16. Bezirks spricht sich für die Auflösung der Waffenverbotszone am Yppenplatz aus, da diese kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Gewalt darstellt.

Begründung

Eine Waffenverbotszone ist kein taugliches Mittel, um die Gewalt am Yppenplatz wirksam einzudämmen. Bereits zwei Tage nach ihrer Einführung kam es innerhalb der Zone zu einer Messerattacke, bei der ein Passant verletzt wurde. Erfahrungen an anderen Standorten – etwa **Praterstern** und **Reumannplatz** – zeigen ebenfalls, dass derartige Zonen Gewaltdelikte nicht verhindern; die Probleme verlagern sich häufig räumlich, während Messerstechereien, Gewaltexzesse und Bandenkriminalität weiterhin auftreten.

Waffenverbotszonen sind damit vor allem **Symbolpolitik** und gehen an den Ursachen vorbei. Sinnvoller sind **wirksame, kontrollintensive Maßnahmen**: konsequenter Schwerpunkt- und Personenkontrollen, erhöhte sichtbare Polizeipräsenz, enge Abstimmung mit Marktamt und Sozialarbeit sowie – wo angezeigt – punktuelle technische Verbesserungen (z. B. bessere Ausleuchtung an Hotspots). Auch **Expertinnen und Experten** weisen darauf hin, dass Verbotszonen Verdrängungseffekte auslösen, ohne die Sicherheitslage nachhaltig zu verbessern.

Nachdem die Waffenverbotszone bis Anfang November in Kraft ist und anschließend über eine Verlängerung entschieden wird, ist es wichtig, ein zeitnahe Zeichen zu setzen.

KO BR Britta Stumpf, BA

BR Mag. René Brasser

BR Andreas Brloh

Klub der Bezirksrätinnen und Bezirksräte

An die
Bezirksvertretung des 16. Bezirk
Richard-Wagner-Platz 19
1160 Wien

Wien, 15.09.2025

Die Fraktion der ÖVP-Bezirksrätinnen und -Bezirksräte stellt die

1. Resolution

betreffend

Öffentliche Verkehrsmittel sollen leistbar sein

Die Bezirksvertretung Ottakring spricht sich dafür aus, dass die Anreize zur Verwendung öffentlicher Verkehrsmittel nicht gesenkt, sondern erhöht werden und sie insbesondere leistbar sein sollen.

Begründung

Öffentliche Verkehrsmittel sind für die Mobilität und aus ökologischer und sozialer Sicht ein besonders wichtiger Bestandteil im Verkehrsmix. Daher sind möglichst attraktive Anreize zu ihrer Verwendung wünschenswert. Das reicht von einem gut ausgebauten Streckennetz, über leistbare Preise bis zu dichten Intervallen sowie Sauberkeit und Sicherheit. Die öffentlichen Verkehrsmittel ermöglichen insbesondere Personen ohne eigenes Auto einen kostengünstigen Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln und damit Mobilität.

Wie alarmierende Zahlen der Statistik Austria außerdem zeigen, liegt das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Wien bei nur 26.200 Euro – und damit nicht nur deutlich unter dem österreichischen Schnitt, sondern auch abgeschlagen hinter allen anderen Bundesländern. Besonders deutlich ist der Vergleich mit Niederösterreich, wo die Menschen pro Kopf um 3.200 Euro mehr zur Verfügung haben. Noch im Jahr 2000 war Wien Spitzensreiter im Bundesländervergleich, seit 2016 liegt die Bundeshauptstadt auf dem letzten Platz.

Anreize für ökologische Mobilität sollen nicht gesenkt, sondern erhöht werden.

Mag. Stefan Trittner
Klubobmann

Mag.iur. Julian Christian
Klubobmann-Stv.

Klub der Bezirksrätinnen und Bezirksräte

An die
Bezirksvertretung des 16. Bezirk
Richard-Wagner-Platz 19
1160 Wien

Wien, 15.09.2025

Die Fraktion der ÖVP-Bezirksrätinnen und -Bezirksräte stellt die

2. Resolution

betreffend

Autofahren soll leistbar sein!

Die Bezirksvertretung Ottakring spricht sich für leistbares Autofahren auch in der Stadt Wien aus.

Begründung

Höhere Kosten für das Autofahren treffen besonders Menschen mit niedrigerer Kaufkraft und alle jene, die auf ihr Auto angewiesen sind, sei es privat oder beruflich. Die Kaufkraft ist in Ottakring niedriger als in den meisten anderen Bezirken, zusätzlich sind in Außenbezirken deutlich mehr Menschen auf ihr Auto angewiesen. Erschwerend kommt dazu, dass in Ottakring von SPÖ und Grünen jedes Jahr hunderte Parkplätze im öffentlichen Raum entfernt werden. Die Gegenleistung für die Parkgebühren wird also ständig reduziert.

Wie alarmierende Zahlen der Statistik Austria außerdem zeigen, liegt das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Wien bei nur 26.200 Euro – und damit nicht nur deutlich unter dem österreichischen Schnitt, sondern auch abgeschlagen hinter allen anderen Bundesländern. Besonders deutlich ist der Vergleich mit Niederösterreich, wo die Menschen pro Kopf um 3.200 Euro mehr zur Verfügung haben. Noch im Jahr 2000 war Wien Spitzenreiter im Bundesländervergleich, seit 2016 liegt die Bundeshauptstadt auf dem letzten Platz.

Autofahren soll auch in Wien leistbar sein!

Mag. Stefan Trittner
Klubobmann

Mag.iur. Julian Christian
Klubobmann-Stv.

Der Klub der Bezirksräte:innen von KPÖ/Links stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 25.09.2025 folgende

1. Resolution: Sicherheit heißt auch soziale Sicherheit

Die Bezirksvertretung Ottakring bekennt sich zu einer Stärkung der sozialen Sicherheit als Fundament der öffentlichen Sicherheit. Die Schaffung und der Ausbau eines sicheren sozialen Netzes, welches auch in Krisen keine Person allein lässt, ist langfristig die besten Kriminalitätsprävention. Damit ein Anstieg der Kriminalität und Probleme wie beispielsweise am Yppenplatz frühzeitig abgewehrt werden können, dürfen Programme, die Armut verhindern und Jugendlichen Zukunftsperspektiven bieten nicht in den nächsten Jahren dem Sparstift zum Opfer fallen.

Begründung

Häufig wird vor allem in den Medien das Thema Sicherheit einseitig als Problem der öffentlichen Sicherheit gesehen, welches mit polizeilichen Maßnahmen in den Griff bekommen werden soll. Sicherheit als Schutz vor Gefahren schließt aber viele Aspekte ein, welche oft vergessen werden. Insbesondere die soziale Sicherheit, welche ein Abrutschen in die Armut abwehrt, und Perspektivenlosigkeit verhindert fällt schnell dem Spandruck zum Opfer. Dabei ist es wichtig, gerade jetzt in ein soziales Sicherheitsnetz und Jobperspektiven für Jugendliche zu investieren.

Mit der Politik, die heute gemacht wird, entscheiden wir, wie sicher es bei uns in 10 Jahren sein wird. Wenn heute bei sozialen Maßnahmen wie der Mindestsicherung gekürzt wird und in Zeiten der Krise Kinderarmut und Jugendarbeitslosigkeit steigt, entsteht die Basis für eine steigende Kriminalität.

Unterzeichner	Lukas Matthias Martin Friedrich Pflanzer
Datum und Uhrzeit	17.09.2025, 17:27 (GMT+02:00)
 ID Austria	
Dieses Dokument ist digital signiert. Dieses mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehene Dokument hat gemäß Art. 25 Abs. 2 der Verordnung (EU) 2019/910 vom 20.03.2019 (eIDAS-VO) die gleiche Rechtswirkung wie ein handschriftlich unterzeichnetes Dokument. Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.sigillatpruefung.at	

BR Lukas Pflanzer

BR Fritz Fink



Bezirksvertretung Ottakring
Richard-Wagner-Platz 19
1160 Wien

Wien, den 16.09.2025

1. Antrag

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Ottakring stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in Verbindung mit § 104 der Wiener Stadtverfassung in der Sitzung der Bezirksvertretung des 16. Bezirk am 25.09.2025 folgenden 1. Antrag:

Weitere Grünpfeile für Ottakring

Mit der 33. Novelle der Straßenverkehrsordnung im Herbst 2022 wurde der Grünpfeil in Österreich gesetzlich eingeführt. Seither wurden in Ottakring bereits 18 Kreuzungen mit Grünpfeilen, die entweder das Geradeaus-Fahren oder das Rechts-Abbiegen für Radfahrerinnen und Radfahrer auch bei „Rot“ erlauben, ausgestattet.

In einem nächsten Schritt sollen folgende weitere Örtlichkeiten (Kreuzungen) dahingehend überprüft werden, ob diese mit Grünpfeilen ausgestattet werden können:

- **Thaliastrasse # Grubergasse**
 - Thaliastrasse, Fahrtrichtung Osten → Sulmgasse, Fahrtrichtung Süden
- **Sandleitengasse # Lobmeyrgasse**
 - Sandleitengasse, Fahrtrichtung Norden → Lobmeyrgasse, Fahrtrichtung Osten
 - Sandleitengasse, Fahrtrichtung Süden → Nietzscheplatz_Baumeistergasse, Fahrtrichtung Westen
- **Maroltingergasse # Rankgasse**
 - Maroltingergasse, Fahrtrichtung Norden → Rankgasse, Fahrtrichtung Osten
 - Maroltingergasse, Fahrtrichtung Süden → Rankgasse, Fahrtrichtung Westen
- **Huttengasse # Rankgasse**
 - Huttengasse, Fahrtrichtung Süden → Rankgasse, Fahrtrichtung Westen

Begründung:

Grünpfeile sind rasch umsetzbare und kostengünstige Maßnahmen um den Radverkehr in Ottakring zu unterstützen. Ottakring kann auf die bisherigen Erfahrungen mit den bereits umgesetzten

Stefan Jagsch

Klubvorsitz. SPÖ Ottakring

Mathias Ertl

Klubvors. Grüne Ottakring

Paul Hirczy

Klubvors. NEOS Ottakring



An die
Bezirksvertretung Ottakring
Richard-Wagner-Platz 19
1160 Wien

Antrag 3
Die Grünen Ottakring
Wien, den 22.09.2025

Antrag 3

Die Grünen Ottakring stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung des 16. Bezirk am 25.09.2025 folgenden Antrag:

Versickerungsfähige Oberflächen bei Parkspuren

Die Bezirksvertretung Ottakring ersucht die zuständige amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima sowie den zuständigen amtsführenden Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky, sowie die zuständigen Magistratsabteilungen (insbesondere MA 22, MA 28 und MA 42) bei allen zukünftigen Gestaltungs- und Sanierungsprojekten bei Straßen die Anwendung von versickerungsfähigen Oberflächen (z.B. Kleinsteinpflaster oder Rasengittersteine) zu überprüfen, und bei positiver Prüfung umzusetzen, anstatt mit durchgängigen Asphaltbelägen wieder zu versiegeln.

Begründung

Versickerungsfähige Oberflächen sind eine klimafreundliche Alternative zu Asphalt und leisten einen wichtigen Beitrag zu einer an den Klimawandel angepassten Stadtgestaltung. Sie ermöglichen Regenwasser direkt vor Ort zu versickern und zu verdunsten, wodurch die Kanalisation entlastet und die Gefahr von Überflutungen – insbesondere bei zunehmenden Starkregenereignissen im Sommer¹ – reduziert wird. Gleichzeitig wirken versickerungsfähige Flächen kühlend durch Verdunstung, heizen sich weniger stark auf als versiegelte Beläge und verbessern damit das lokale Mikroklima. Dies kommt vor allem den direkten Anrainer:innen zu Gute. Zudem filtern Rasengittersteine Schadstoffe, speichern Wasser und schaffen kleinteilige Lebensräume für Insekten. Die Umgestaltung von Parkspuren bietet somit nicht nur ökologischen Mehrwert, sondern erhöht auch die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum².

Mathias Ertl
Klubvorsitzender Grüne Ottakring

Paul Hirzcy
Klubvorsitzender Neos Ottakring

¹Klimawandel bringt mehr Starkregen nach Österreich - Universität:
<https://www.uni-graz.at/de/neuigkeiten/starkregen-hat-deutlich-zugenommen/>

² Der Wien-Plan - Stadtentwicklungsplan 2035: <https://www.wien.gv.at/pdf/ma18/wien-plan.pdf>



An die
Bezirksvertretung Ottakring
Richard-Wagner-Platz 19
1160 Wien

Antrag 1

Die Grünen Ottakring
Wien, den 17.09.2025

Antrag 1

Die Grünen Ottakring stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung des 16. Bezirk am 25.09.2025 folgenden Antrag:

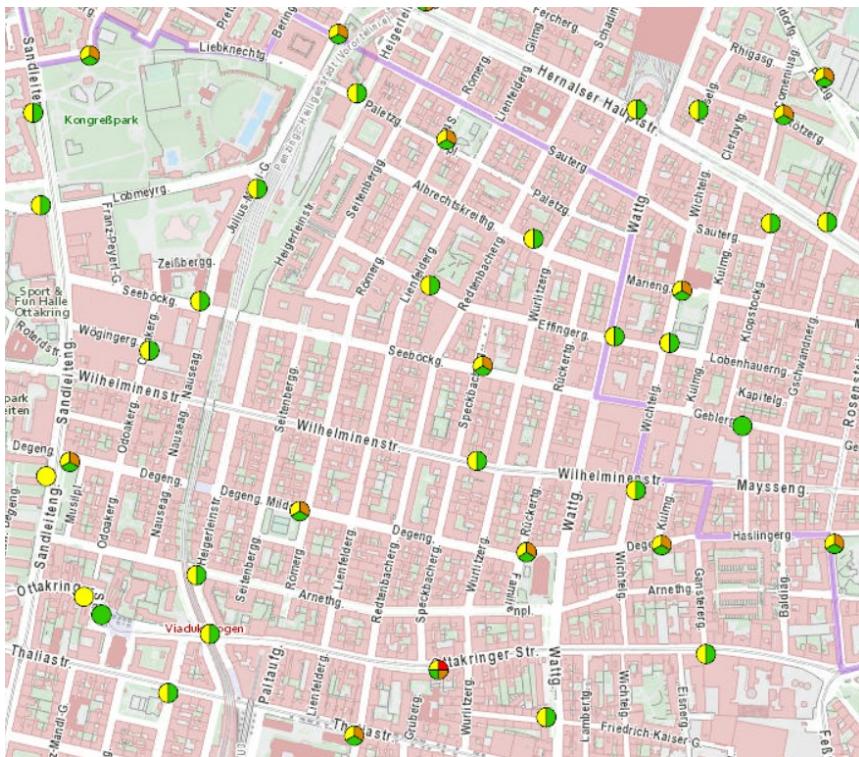
Versetzen von Altstoffsammelstellen zur besseren Nutzbarkeit vorhandener Gehsteige

Die Bezirksvertretung Ottakring ersucht die zuständige amtsführende Stadträtin Mag.^a Uli Sima, den zuständigen Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky, sowie die zuständigen Magistrats-abteilungen (insbes. MA 28, MA 46 und MA 48) zu überprüfen, ob unten stehende öffentliche Altstoffsammelstellen (und teilweise Altkeidercontainer) von den Gehsteigen in nahegelegene Parkspuren versetzt werden können. Ziel ist die Nutzbarkeit der Gehsteige, insbesondere bei Begegnung von Fußgänger:innen mit Kinderwagen, Rollstühlen etc. zu gewährleisten bzw. zu verbessern:

- Hubergasse neben Eingang Huberpark
- Odoakerstraße ONr. 38
- Wilhelminenstraße ONr. 151
- Ecke Ottakringer Straße / Weinheimergasse (unter Viadukt)
- Ecke Lorenz-Mandl-Gasse / Horvathgasse
- Lindauergasse zwischen Friedrich-Kaiser-Gasse und Abelegasse
- Herbststraße ggü ONr. 62 Außerdem wird darum ersucht im Sinne der Kreislaufwirtschaftsziele in Bereichen des dichtverbauten Gebiets Ottakrings, in denen innerhalb von 250 Metern Fußweg keine öffentlichen Altstoffsammelstellen zur Verfügung stehen, neue Standorte zu schaffen, insbesondere für gelbe Tonnen und Biomüll (ohne jedoch dadurch eine Gehsteigbreite von 3 Metern zu unterschreiten) - beispielhaft genannt sind die Örtlichkeiten Ecke Neulerchenfelder Straße/ Brunnengasse; Grundsteingasse zwischen Gürtel und Brunnengasse; Hasnerstraße zwischen Hipp- und Brunnengasse; Ecke Haberlgasse / Thaliastraße, Ecke Deinhardtsteingasse / Ottakringer Straße; Seitenberggasse zwischen Albrechtskreithgasse und Effingergasse; Seeböckgasse Ecke Römergasse.

Begründung

Die Nutzbarmachung von vorhandenen Gehsteigen (und somit das Freiräumen von Gegenständen) hat insbesondere an Örtlichkeiten, an denen die Mindestgehsteigbreite von 2 Metern nur knapp oder nicht eingehalten wird, Priorität. Darüber hinaus ist die Verfügbarkeit von genügend Altstoffsammelstellen zum Erreichen der Kreislaufwirtschaftsziele essenziell.



© Stadtplan Wien

Gelb = Leichtverpackungen; Braun = Biomüll; Grün = Altglas

Mathias Ertl

Konrad Loimer
Bezirksrat Grüne Ottakring

Mathias Ertl
Klubvorsitzender Grüne Ottakring



An die
Bezirksvertretung Ottakring
Richard-Wagner-Platz 19
1160 Wien

Antrag 2

Die Grünen Ottakring
Wien, den 17.09.2025

Antrag 2

Die Grünen Ottakring stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung des 16. Bezirk am 25.09.2025 folgenden Antrag:

Verbesserungen für den Fußverkehr am Schuhmeierplatz / Possingergasse

Die Bezirksvertretung Ottakring ersucht die zuständige amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima sowie die zuständigen Magistratsabteilungen (insbes. MA46), folgende Maßnahmen an der Kreuzung Schuhmeierplatz / Possingergasse zu überprüfen und bei positiver Prüfung umzusetzen. Die Maßnahmen sollen der Entflechtung des Fuß- und Radverkehrs dienen und eine bessere Sichtbarkeit der Zufußgehenden bewirken:

- Piktogramm „Achtung Fußgänger:in“ auf den Fahrbahnen jeweils 20 m vor der Mittelinsel
- Anbringung von Schildern „Achtung querender Verkehr“

Begründung

Die Hasnerstraße ist Ottakrings Radhighway und entsprechend stark befahren. Am Schuhmeierplatz ist die Infrastruktur aber unintuitiv, was oft zu Konflikten führt. Die Situation wäre mit diesen kleinräumigen Maßnahmen verbesserbar, darum wird die Behörde ersucht diese zu prüfen und umzusetzen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Mathias Ertl'.

Konrad Loimer
Bezirksrat Grüne Ottakring

Mathias Ertl
Klubvorsitzender Grüne Ottakring



An die
Bezirksvertretung Ottakring
Richard-Wagner-Platz 19
1160 Wien

Antrag 4
Die Grünen Ottakring
Wien, den 17.09.2025

Antrag 4

Die Grünen Ottakring stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung des 16. Bezirk am 25.09.2025 folgenden Antrag:

Ergänzende Beschilderung Wohnstraße Gaullachergasse

Die Bezirksvertretung Ottakring ersucht die zuständige amtsführende Stadträtin Ulli Sima sowie die zuständigen Magistratsabteilungen (insbes. MA 28 & MA 46), am Beginn der Wohnstraße Gaullachergasse (Kreuzung Kirchstetterngasse) eine Anbringung einer Zusatzbeschilderung „Durchfahrt verboten, Schrittgeschwindigkeit“ zu überprüfen und bei positiver Prüfung umzusetzen.

Begründung

Gemäß § 76b StVO ist der Fahrzeugverkehr in Wohnstraßen, mit wenigen Ausnahmen, verboten. In der Wohnzone Gaullachergasse wird dieses Verbot regelmäßig missachtet, indem Kfz vom Gürtel kommend zur Friedmannsgasse durchfahren. In diesem Bereich befindet sich ein Eingang der VS Gaullachergasse. Zwar zwingen bereits bestehende bauliche Maßnahmen (Straßenschwellen, Kurvenführung) in diesem konkreten Bereich zu einer Geschwindigkeitsreduktion, doch der häufige Durchzugsverkehr verhindert die Nutzung des Bereichs als sichere Wohnzone bzw. Schulvorplatz. Zudem erlaubt der enge Straßenquerschnitt Radfahrenden kein sicheres Passieren des entgegenkommenden Kfz-Verkehrs, obwohl dieser Straßenabschnitt Teil des Hauptradverkehrsnetzes ist.

Die zusätzliche Beschilderung soll die bereits geltenden Regeln der Wohnstraße bekannt machen und durchsetzen. Navigationsdienste wie Google Maps empfehlen entgegen der geltenden StVO die Durchfahrt durch die Wohnstraße. Die sichtbaren Informationen „Durchfahrt verboten, Schrittgeschwindigkeit“ sollen die Sicherheit der Schüler*innen und Radfahrenden erhöhen. Zudem soll das Steckenbleiben von Lkws aufgrund der zu geringen Straßenbreite vermieden werden.

Stefan Wirnsperger
Bezirksrat Grüne Ottakring

Mathias Ertl
Klubvorsitzender Grüne Ottakring



Parkplatz-Datenbank für Ottakring

Die unterzeichnenden Bezirksräte des Klubs der Freiheitlichen Bezirksräte stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25.09.2025 gemäß § 24 Abs. 1 GO BV folgenden

1. Antrag

Die Bezirksvorsteherin wird ersucht, sich bei den zuständigen Magistratsabteilungen – insbesondere **MA 46** (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten), **MA 67** (Parkraumüberwachung) sowie **MA 14** (Automationsunterstützte Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie) – dafür einzusetzen, dass für den 16. Bezirk eine **digitale Parkplatz-Datenbank** geschaffen wird.

Diese Datenbank soll u. a. folgende Zwecke erfüllen:

- **Erfassung & Monitoring** der Anzahl und Lage der Stellplätze in Ottakring,
- **Dokumentation von Veränderungen** (z. B. durch Umbauten, Verkehrsberuhigungen, Radinfrastruktur, Baustellen),
- **Transparenz für Bewohnerinnen und Bewohner**, die mit dem Parkpickerl eine jährliche Gebühr entrichten, jedoch keine verlässliche Information über die tatsächlich verfügbare Stellplatzzahl erhalten.

Begründung

Bei der Beantwortung einer aktuellen Anfrage wurde mitgeteilt, dass die Stadt Wien über die Anzahl der Stellplätze in Ottakring keine Daten führt. Diese Situation ist unbefriedigend, da Anrainerinnen und Anrainer jährlich eine Gebühr für ihr Parkpickerl entrichten, jedoch unklar bleibt, wie viele Stellplätze tatsächlich im Bezirk vorhanden sind und wie sich deren Zahl durch Umgestaltungen entwickelt.

Außerdem existiert in Wien bereits eine **digitale Baumkataster-Datenbank**, in der Straßenbäume mit Standort, Baumart, Maßen und Verkehrssicherheitsinformationen erfasst sind. Diese Daten werden laufend aktualisiert und dienen zur Vorbereitung und



Dokumentation von Baumkontrollen und Pflegearbeiten gemäß den geltenden Normen. Wenn für Bäume eine solche Übersicht möglich ist, sollte es umso mehr für Stellplätze machbar sein – gerade da diese einen direkten finanziellen Bezug durch Parkpickerl-Gebühren haben und ihre Verfügbarkeit für die Bewohnerinnen und Bewohner von großer Bedeutung ist.

Eine **Parkplatz-Datenbank** würde hier Klarheit schaffen und eine evidenzbasierte Grundlage für politische Entscheidungen und Planungen bieten.

KO Britta Stumpf, BA

KO-Stv. BR KommR Mst. Andreas Staudinger

BR Andreas Staudinger



Bedarforientierter Betrieb der Sprühnebelanlagen

Die unterzeichnenden Bezirksräte und Bezirksrätinnen des Klubs der Freiheitlichen Bezirksräte stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25.09.2025 gemäß § 24 Abs. 1 GO BV folgenden

2. Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen – insbesondere MA 31 und MA 42 – werden ersucht zu **prüfen und umzusetzen**, dass die Sprühnebelanlagen an **mäßig warmen Tagen** sowie bei **vorhergesagtem Niederschlag nicht in Betrieb** genommen bzw. **rechtzeitig abgeschaltet** werden.

Begründung

Am Schuhmeierplatz waren die Anlagen jüngst bei rund 24 °C und kurz vor einsetzendem Regen aktiv. Ein bedarforientierter Betrieb vermeidet unnötigen Wasserverbrauch und sorgt dafür, dass die Anlagen dann laufen, wenn sie für die Bewohnerinnen und Bewohner tatsächlich einen Mehrwert bringen.



KO BR Britta Stumpf, BA

KO-Stv. BR Heike Nepras

BR Mag. René Brasser



Pilotprojekt „Fliegende Gärten“ in Ottakring

Die unterzeichnenden Bezirksräte des Klubs der Freiheitlichen Bezirksräte stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25.09.2025 gemäß § 24 Abs. 1 GO BV folgenden

3. Antrag

Die Bezirkvorsteherin wird ersucht, die Umsetzung eines Pilotprojektes „Fliegende Gärten“ in Ottakring gemeinsam mit den zuständigen Magistratsabteilungen – insbesondere MA 19, MA 21, MA 33, MA 42, MA 46 sowie MA 59 – zu prüfen und einen geeigneten Standort hierfür auszuwählen.

Begründung

Unter „Fliegenden Gärten“ versteht man **hängende bzw. gespannte Begrünungssysteme**: leichte Seil- und Trägerkonstruktionen mit Rankhilfen und gegebenenfalls integrierten Pflanztrögen, an Masten, Fassaden oder zwischen Gebäuden geführt. **Kletterpflanzen und Stauden** sorgen für **Schatten, Verdunstungskühlung und optische Aufwertung**, ohne nennenswerte Bodenfläche zu beanspruchen.

Gerade an hochfrequentierten Orten lässt sich so **Begrünung ohne zusätzliche Flächenversiegelung** realisieren. Wesentlich ist der **Parkplatzaspekt**: Die Anlagen benötigen kaum **Grundfläche** und können an bestehender Infrastruktur geführt werden – so **bleiben vorhandene Stellplätze erhalten** und es entsteht eine **attraktive Alternative zu Projekten mit Parkraumabbau**. Zugleich kann **ergänzende Beleuchtung** das **Sicherheitsgefühl** am Abend stärken.

KO BR Britta Stumpf, BA

BR Christoph Oberlechner

BR Mag. Philipp Mayr



Häufigere Polizeikontrollen am Eingangsbereich des Kongressparks (Abend- und Nachtstunden)

Die unterzeichnenden Bezirksräatinnen und Bezirksräte des Klubs der Freiheitlichen Bezirksräte stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25.09.2025 gemäß § 24 Abs. 1 GO BV folgenden

4. Antrag

Die Bezirkvorsteherin wird ersucht, sich bei der **Landespolizeidirektion Wien** (Stadtpolizeikommando Ottakring) dafür einzusetzen, dass im **Eingangsbereich des Kongressparks** die **Polizeipräsenz in den Abend- und Nachtstunden – insbesondere nach 22 Uhr – erhöht** wird, unter anderem durch **häufigere vorbeifahrende Streifen sowie regelmäßige Fußstreifen**.

Begründung

Im Bereich des **Eingangs zum Kongresspark** kommt es, vor allem nach 22 Uhr, wiederholt zu **massiven Lärmbelästigungen** und **lautstarken Wortgefechten** zwischen Gruppen und Anrainerinnen und Anrainern. Eine **sichtbare, regelmäßige Polizeipräsenz** durch vorbeifahrende Streifen und Fußstreifen wirkt **präventiv, deeskalierend** und erhöht das Sicherheitsgefühl der Bewohnerinnen und Bewohner.

KO BR Britta Stumpf, BA

BR Susanne Lhotan

Klub der Bezirksrätinnen und Bezirksräte

An die
Bezirksvertretung des 16. Bezirk
Richard-Wagner-Platz 19
1160 Wien

Wien, 15.9.2025

Die Fraktion der ÖVP-Bezirksrätinnen und -Bezirksräte stellt den

1. Antrag

betreffend

Aktion am Internationalen Tag der Kinderrechte

Der internationale Tag der Kinderrechte ist ein in über 145 Staaten der Welt begangener Tag, um auf die besonderen Bedürfnisse der Kinder und speziell auf die Kinderrechte aufmerksam zu machen. Ziel des Tages ist, Themen wie Kinderschutz und Kinderrechte in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. In Österreich wird zwar am 20.9. der Tag des Kindes mit einigen Festen gefeiert, allerdings ist der 20.11. der Jahrestag, an dem die UN-Vollversammlung die Kinderrechtskonvention von 1989 verabschiedete.

Daher stellen die ÖVP-Bezirksrätinnen und -Bezirksräte den Antrag, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (u.a. MA 11, MA 13), mögen am 20.11.2025 ein Zeichen im Bezirk setzen, um auf die Rechte und besonderen Bedürfnisse von Kindern aufmerksam zu machen und sich für diese einzusetzen. Dafür könnten z.B. ein Malwettbewerb abgehalten und Infostände bei Indoor- und Outdoor-Spielplätzen platziert werden, bei denen altersentsprechend Rechte vermittelt werden, Beratung stattfindet und auf Hilfsangebote hingewiesen wird.

Begründung

Die Kinderrechtskonvention der UN formuliert Grundwerte im Umgang mit Kindern. Durch die Auseinandersetzung von den Erwachsenen/Eltern mit den Kinderrechten sollen sie für die Bedürfnisse von Kindern sensibilisiert werden und Kinder sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Anliegen vorzubringen und ihre Ideen vorzustellen.


Mag. Stefan Trittner
Klubobmann

Irene Maa
Bezirksrätin

Die NEOS Bezirksräte:innen
Paul Hirczy
Viktoria Marik
Karin Heitzinger-Daxböck
David Kruml

An das
Bezirksamt Ottakring
z.Hd. Frau Bezirksvorsteherin Stefanie Lamp
Richard-Wagner-Platz 19
1160 Wien

Antrag betreffend Anbringung einer übersichtlichen Beschilderung, dass E-Scooter fahren im Kongresspark verboten ist

Die unterfertigen Mitglieder der Bezirksvertretung Ottakring stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 25.09.2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag 1

Die Bezirksvertretung des 16. Bezirkes ersucht die zuständigen Stellen der Stadt Wien, insbesondere die MA 42 und MA 46, zu überprüfen, ob an den Eingängen zum Kongresspark eine übersichtliche Beschilderung, dass "E-Scooter fahren im Park verboten ist" umgesetzt werden kann.

Begründung:

Im Kongresspark kommt es regelmäßig zu Nutzungskonflikten zwischen Fußgänger:innen, spielenden Kindern und Nutzer:innen von E-Scootern. Das Befahren von Parks mit E-Scootern ist rechtlich nicht zulässig, wird jedoch mangels klarer Kennzeichnung häufig missachtet. Eine gut sichtbare und einheitliche Beschilderung an allen Parkeingängen würde zur Klarstellung der Regeln beitragen, die Sicherheit und Aufenthaltsqualität im Park erhöhen und gleichzeitig den Kontrollaufwand reduzieren.

Wien, am 16.09.2025

Paul Hirczy
Klubvorsitzender der NEOS in Ottakring

Der Klub der Bezirksräte:innen von KPÖ/Links stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 25.09.2025 folgenden

1. Antrag: Beserlpark XL am Gutraterplatz

Die Bezirksvertretung Ottakring ersucht den Amtsführenden Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky mit seinen Fachabteilungen der MA 22, MA 31, MA 42 und MA 48 gemeinsam mit der Amtsführenden Stadträtin Mag.^a Ulli Sima mit ihren Fachabteilungen der MA 18, MA28, MA 33 und MA 46 folgendes Projekt zu untersuchen und gegebenenfalls zu planen:

Das Teilgrundstück Nr. 3411/2 am Gutraterplatz (siehe Beilage Flächenwidmungs- und Bebauungsplan) soll großteils entsiegelt werden und in eine Grünfläche mit Sitzplatz, Beleuchtung und Wasserentnahme oder Springbrunnen (Besserlpark XL) umgewandelt werden. Die derzeitigen an die kleine umzäunte Grünfläche anschließenden, befestigten Flächen dienen als Fußweg, Radweg, Containerabstellflächen und Straße mit Autoabstellflächen (Beilage Bild 1, Bild 2 und Bild 3). Sie könnten entsiegelt und begrünt werden mit folgenden Maßnahmen:

1. Die Container sollen andere Standorte bekommen, die Grünfläche soll bis zum Gehsteig vor Gutraterplatz Nr. 1 reichen, das Stück Einbahnstraße fällt daher weg. Der Radweg könnte verlegt werden von der Zöchbauerstraße kommend rechts einschwenkend über die Fläche die derzeitig als Autoabstellplatz dient (Beilage Bild 4) und dann linksverschwenkend in die alte Linienführung einmünden (Beilage Bild 5).
2. In der Mitte des Grundstücks, wo derzeitig die Container stehen, könnte eine Sitzgruppe mit Beleuchtungsmast (Sicherheit) und Wasserentnahme aufgestellt werden. Der Standort des vorhandenen Hydranten (Beilage Bild 6) könnte zur Sitzgruppe verlegt werden.
3. Als neue Standorte für die Container könnte die derzeitig ungenutzte Fläche auf der Höhe der Straßenbahnhaltestelle (Beilage Bild 7) und auch die derzeitigen Autoabstellplätze vor Gutraterplatz Nr. 2 (Beilage Bild 8 und 9) dienen. Auch in diesem Bereich könnte die Grünfläche an die bestehenden Baumscheiben erweitert werden. Gesamt gesehen könnten auf dieser Fläche bis zu fünf neue Baumpflanzungen für ein gutes örtliches Klima beitragen.

Begründung

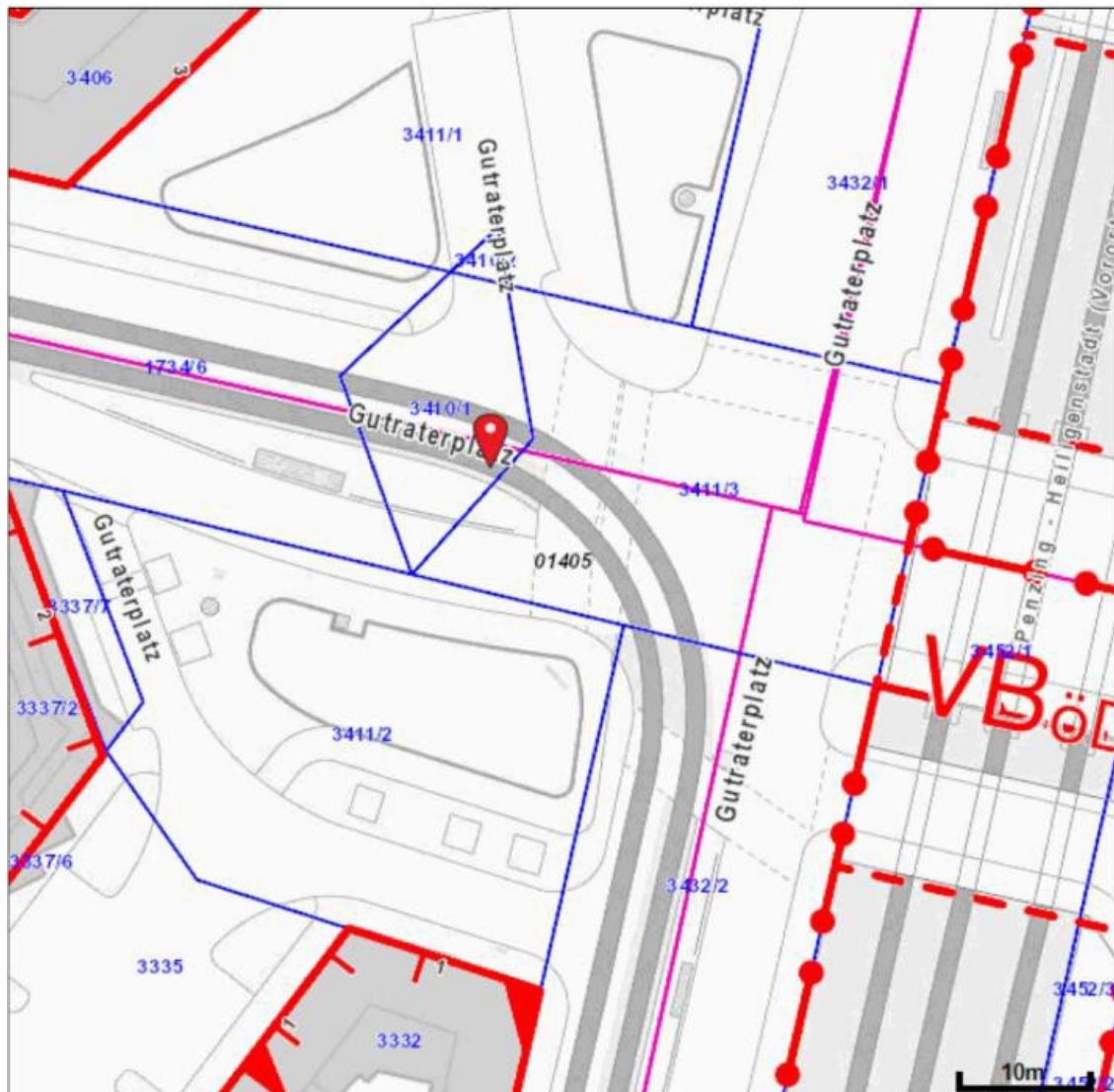
Der Gutraterplatz liegt gemäß Wiener Klimaanalysekarte im Bereich einer starken Überwärmung und für die dort ansässige Bevölkerung ist im Umkreis von ca. 400m keine größere Grünfläche erreichbar. Die vorgeschlagene Neugestaltung könnte daher für ältere Personen und Familien mit Kindern eine wesentliche Verbesserung bringen.



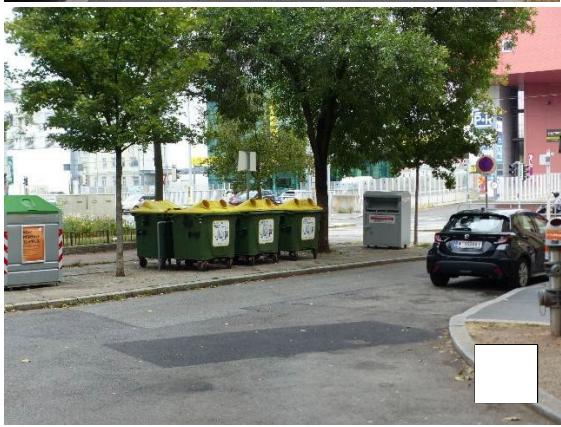
BR Lukas Pflanzer

BR Fritz Fink

Beilage Flächenwidmungs- und Bebauungsplan



Beilage Bilder





Der Klub der Bezirksräte:innen von KPÖ/Links stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 25.09.2025 folgenden

2. Antrag: Benennung eines Kindergartens in Helene-Neuhaus-Kindergarten

Die Bezirksvertretung Ottakring ersucht die MA 7 um Einleitung eines Prüfverfahrens zur Benennung des im 16. Bezirk im Bau befindlichen Kindergarten der Wiener Kinderfreunde auf dem Bauplatz gemäß Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 8197, beschlossen in der 52. Sitzung des Wiener Gemeinderates am 28.05.2019, in der Höhe der Gallitzinstraße 16, mit der Bezeichnung "Helene-Neuhaus-Kindergarten"

Begründung

Helene „Helli“ Neuhaus, geb. 1922, verstorben 2016, war im April 1945 maßgeblich beteiligt an der kampflosen Übergabe von Teilen des 16. und 17. Bezirkes an die Truppen der anrückenden Roten Armee. Sie war Mitglied einer Gruppe des Kommunistischen Jugendverbandes, welche Zivilkleidung an deutsche Armeesoldaten ausgaben und Mitglieder des Volkssturms zur Aufgabe überredeten, sodass keine Kampfhandlungen stattfanden. Dadurch wurden unter Einsatz des eigenen Lebens Menschen gerettet und sinnlose Zerstörung verhindert. An diese Aktion erinnert heute eine Gedenktafel am Matteottiplatz.¹

Helli wurde als siebentes und letztes Kind des Ottakringer Ehepaars Hubert und Stefanie Arent geboren, fünf ihrer Geschwister waren zum Zeitpunkt ihrer Geburt schon gestorben – Geld für einen Arzt gab es nicht. Der sozialdemokratische Vater und die katholische Mutter hatten vor allem eines gemeinsam: Die Abscheu vor Krieg und Gewalt. Die Berichte des Vaters über die Gräuel des Ersten Weltkriegs prägten Helli von Kindheit an und machten sie zur überzeugten Kriegsgegnerin. Diese Überzeugung führte

¹[www.geschichtewiki.wien.gv.at/Gedenktafel Entwaffnungsaktion April 1945 in Sandl eiten](http://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Gedenktafel_Entwaffnungsaktion_April_1945_in_Sandl_eiten)

sie in den antifaschistischen Widerstand, in welchem sie schon vor der Befreiungsaktion aktiv war.

Auch nach dem Krieg blieb sie aktiv, arbeitete im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes mit und sprach als Zeitzeugin mit Schulklassen über den Nationalsozialismus. Heuer jährte sich die Befreiung Ottakrings zum 80. Mal, was ein würdiger Zeitpunkt ist, die daran beteiligten zu ehren.



BR Lukas Pflanzer

BR Fritz Fink

Der Klub der Bezirksräte:innen von KPÖ/Links stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 25.09.2025 folgenden

3. Antrag: Benennung Heini-Klein-Weg

Die Bezirksvertretung Ottakring ersucht die MA 7 um Einleitung eines Prüfverfahren zur Benennung des im 16. Bezirk in Bau befindlichen Durchgangsweg auf dem Bauplatz gemäß Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 8197, beschlossen in der 52. Sitzung des Wiener Gemeinderates am 28.05.2019, zwischen Gallitzinstraße 8 bis 16 und Erdbrustgasse 27 bis 35, mit der Bezeichnung "Heini-Klein-Weg".

Begründung

Heini Klein, geboren 20.12.1918 und verstorben am 24.01.1997, war ein Ottakringer Arbeiterkind und bis 1934 aktiv bei der Gruppe 4 der „Roten Falken“. Nach den Februarkämpfen trat er und andere der Gruppe dem Kommunistischen Jugendverband bei. 1944 reorganisierte er die Gruppe „KJV 1944 Wien“, schon damals wurden illegale Flugblätter ausgegeben, besonders an alle Jugendliche, die einberufen wurden.

Ebenfalls wurde während der Befreiung Wiens eine Entwaffnungsaktion durchgeführt. Hierfür brachte ein getarnter Heini Klein einen gefälschten Brief des Gauleiters von Schirach zu einem Sammelplatz von Mitgliedern des Volkssturmes, sich auf den Weg Richtung Gürtel zu machen. Dies führte zur Entwaffnung im Sandleitenhof. Die Gruppe um Heini Klein brach die sogenannte Spinnstoffsammlung der NS-Volkswirtschaft auf und verteilte vor allem an Soldaten Zivilkleider, sodass dieselben nach Hause geschickt werden konnten. Hieran erinnert eine Gedenktafel am Matteottiplatz erinnert.¹

Durch diese ganzen Entwaffnungsaktionen ist es auch in Ottakring und Hernals zu keinen Kämpfen gekommen. So wurde das Töten und die Zerstörung unter Risiko des eigenen Lebens verhindert.

BR Lukas Pflanzer

BR Fritz Fink

Unterzeichner	Lukas Matthias Martin Friedrich Pflanzer
Datum und Uhrzeit	17.09.2025, 17:25 (GMT+02:00)
 ID Austria	
Dieses Dokument ist digital signiert	
Dieses mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehene Dokument hat gemäß Art. 25 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 vom 22. Juli 2014 („ESDSIG-V“) die gleiche Rechtmächtigkeit wie ein handschriftlich unterschriebenes Dokument.	
Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.eingeschaeftigt.at	

¹www.geschichtewiki.wien.gv.at/Gedenktafel_Entwaffnungsaktion_April_1945_in_Sandl_eiten

Der Klub der Bezirksräte:innen von KPÖ/Links stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 25.09.2025 folgenden

4. Antrag: Verlegung des Defibrillators am Yppenplatz

Die Bezirksvertretung Ottakring ersucht die MA48, eine Montage des bereits vorhandenen Defibrillators an der Außenseite der WC-Anlage am Yppenplatz zu veranlassen.

Begründung

Öffentliche Defibrillatoren leisten einen wichtigen Beitrag bei der Wiederbelebung nach einem Herzstillstand. Genauso wie bei der Herzdruckmassage gilt auch beim Defibrillieren: Je schneller begonnen wird, desto höher die Überlebenschancen. In Wien sind bereits an vielen Stelle Defibrillatoren öffentlich verfügbar, beispielsweise auf der Thaliastraße.

In der WC-Anlage am Yppenplatz ist bereits ein Defibrillator beim Personal vorhanden. Das bedeutet aber, dass der Defibrillator nur zu den Öffnungszeiten der WC-Anlage verfügbar ist. Unglücklicherweise kennen Herzstillstände aber keine Öffnungszeiten, sondern geschehen meistens nachts oder an Wochenenden. Würde der Defibrillator an der Außenseite montiert werden, würde sich dieses Problem erledigen. Aus diesem Grund fordern wir, dass die Bezirksvertretung die MA48 bittet, eine Verlegung des Defibrillators zu veranlassen.

Unterzeichner	Lukas Matthias Martin Friedrich Pflanzer
Datum und Uhrzeit	17.09.2025, 17:25 (GMT+02:00)
 ID Austria	
Dieses Dokument ist digital signiert.	
Dieses mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehene Dokument hat gemäß Art. 25 Abs. 2 der Verordnung (EU) 910/2014 vom 29.08.2014 (eIDAS-Verordnung) die gleiche rechtliche Bindungskraft wie ein handgeschriebenes Dokument.	
Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.eigenerkennung.at	

BR Lukas Pflanzer

Der Klub der Bezirksräte:innen von KPÖ/Links stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 25.09.2025 folgenden

5. Antrag: WC-Anlage Station Ottakring

Die Bezirksvertretung Ottakring ersucht die Magistratsabteilung 48, mit den Österreichischen Bundesbahnen in Kontakt zu treten, um auf eine Öffnung der WC-Anlage in der S-Bahn-Station Ottakring hinzuwirken. Sollte dies nicht möglich sein bzw. abgelehnt werden, wird die Magistratsabteilung 48 gebeten, die Einrichtung einer mobilen, barrierearmen öffentlichen Komposttoilette am Vorplatz der U3-Station bzw. am Platz neben der HTL Wien-West zu prüfen.

Begründung

Öffentliche Toiletten tragen zur Sauberkeit unseres Bezirkes bei. Seit geraumer Zeit ist das vorhandene, jedoch geschlossene WC in der S-Bahnstation Ottakring nicht zugänglich, obwohl diese zu den meistfrequentierten Orten im Bezirk zählt. Dies führt dazu, dass Anrainer:innen in den letzten Monaten von einer Zunahme vom Urinieren gegen Häuserwände berichten.

Genauso war es eines der Ziele des Umbaus des „Hauptplatz Ottakring“ die Aufenthaltsqualität zu steigern. Schon jetzt finden hier Veranstaltungen, Feste sowie der Markt statt. Zu einem Ort, an dem man aber länger verweilen kann, gehört auch der Zugang zu einem öffentlichen WC. Dennoch gibt es derzeit keine funktionierenden und zugänglichen öffentlichen Toilettenanlagen

Aus diesen beiden Gründen sehen wir es als notwendig an, die Toilettensituation zu verbessern. Das Fehlen öffentlicher Sanitäranlagen wirkt sich negativ auf die Aufenthaltsqualität, die Sauberkeit und das Sicherheitsgefühl im Umfeld der Station aus. Gerade an einem Verkehrsknotenpunkt dieser Größenordnung sollte eine funktionierende Toiletteninfrastruktur selbstverständlich sein.

Vorrangig wollen wir das WC in der S-Bahnstation öffnen, da ein fest verbautes WC mit fließendem Wasser eine höhere Qualität bietet. Sollte dies nicht möglich sein, bietet sich eine mobile WC-Anlage an.

Unterzeichner	Lukas Matthias Martin Friedrich Pflanzer
Datum und Uhrzeit	22.09.2025, 11:03 (GMT+02:00)
 ID Austria	
Dieses Dokument ist digital signiert.	
Das hierunter angegebene digitale Signatur-merkmale-Dokument hat gemäß Art. 25 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 vom 25. Juli 2014 (ESDvS-VG) die gleiche Rechtmässigkeit wie ein handschriftlich unterschriebenes Dokument.	
Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.sigatopruefung.at	

BR Lukas Pflanzer

BRⁱⁿ Frederike Klee